

Erleuchtet Hallig
nachmitt. mit Musik
der Sonn- u. Festtage.

Abendunterhaltung
am Montag 80 Pf.
sonntags 1,50 Mk.
polnisch. Bei den Sonn-
durch die Post bringen
1,00 Mk. zähl. Bestellg.

Die Haus Welt
(Anzeigenschein),
durch die Post nicht
bes. best. monatlich 1 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Erhalten Nr. 1047
Telegraph-Adresse:
Polnischblatt Halle/Saale

Werkstatt

Inserionsgebühr
beträgt für die 6 gezeigten
Zeilen je nach dem Raum
20 Pfennig.
Für ausserordentliche Anzeigen
25 Pfennig.
Im erhaltenden Kalle
kassiert die Zeile 75 Pfennig.

Inserate
für die halbe Nummer
müssen spätestens am son-
ntags halb 11 Uhr in der
Expedition ankommen
sein.

Erhalten in die
Postzeitung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Halle-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Der Syndikalismus.

Mit dem Übertritt des bedeutendsten Teils der früheren Sozialisten in die unabhängigen Gewerkschaften ist die Aussicht auf eine sozialistische oder, wie sie auf deutsch gekostet wurde, anarcho-sozialistische Bewegung von einiger Bedeutung hier in Deutschland verschwunden. Der Syndikalismus ist eine ausländische Pflanze, für die hier der geeignete Boden fehlt, er ist den heimischen Verhältnissen Frankreichs entzogen und stellt außerdem nur noch in Italien eine erhebliche Rolle.

Das will weiter sagen, daß wir hier zu vernünftig und zu hochentwickelt sind für diese Form der Gewerkschaftsbewegung, noch will es sagen, daß für verschiedene Länder verschiedene Formen der Arbeiterbewegung passen. Überall ist eine Gewerkschaftsbewegung, die mit einer kräftigen Aktion für die unmittelbaren Aufgaben ein revolutionäres Empfinden und eine tiefe Einsicht in die Kampfergebnisse der allgemeinen Arbeiterbewegung vereint, die beste. Aber überall fehlt etwas an diesem Ideal; gekündigt wird hüben wie drüben, und nur die Art der Fehler, die man macht, ist verschieden. Es gilt also, die Eigenart und die Ideen der französischen Gewerkschaftsbewegung, mit denen unsere Genossen auf internationalen Gewerkschaftskongressen wiederholt in Verbindung kommen, aus den französischen Verhältnissen zu verstehen.

Synbikale ist der französische Name für Gewerkschaften; der Syndikalismus ist jedoch nicht einfach die Gewerkschaftsbewegung, sondern eine Gewerkschaftsbewegung, die sich selbst als die einzige wirkliche Arbeiterbewegung betrachtet. Sie stellt sich auf den Sinnbegriff des Klassenkampfes, der aus dem Interessengegensatz von Arbeitern und Arbeitgebern hervorgeht und also nur von den Arbeitern selbst geführt werden kann. Die einzigen reinen Arbeiterorganisationen sind aber ihrer Natur nach die Gewerkschaften; in der sozialistischen Partei findet man nebst den Arbeitern auch noch allerhand andere Leute: Literaten, Rechtsanwält, Ärzte, Rentiers, sogar Arbeiter; sie alle gehören höchstens durch gemeinsame Ideen, nicht durch gemeinsame Interessen, zusammen. Die sozialistische Partei kann also nicht als Vertretung der Arbeiterklasse deren Kampfschlacht führen.

„Politische Parteien“ sagt eine neulich erschienene theoretische Schrift der Syndikalisten, sind Koalitionen, die sich bilden, um die Vorteile, die der Besitz des Staates gewähren kann, zu erobern, wobei ihre Führer entweder durch daß getrieben werden, oder materielle Vorteile suchen, oder bloß ihren Willen auszuüben möchten.“ Die Vorführer werden durch die Aussicht auf Stellen und Würden, die der Sieg ihrer Partei ihnen bringt, getrieben; die Führer sind meist Leute, die innerhalb ihrer eigenen Klasse nicht zur Macht kommen konnten; sie nehmen sich deshalb der Bekämpfung der unterdrückten Klassen an und machen diese zu ihrer Erfolgsglück. So wird der reine und klare Klassenkampf verunreinigt durch die Einmischung der politischen Parteien, die ganz andere Ziele verfolgen.

Wo kann diese sonderbare Auffassung vom Wesen der politischen Parteien, die unsere Erfahrungen völlig widerwärtig, wohl herkommen? Sie ist der Praxis der bürgerlichen Par-

teien in westeuropäischen Ländern, namentlich in Frankreich, entnommen. Dort stehen sich innerhalb der bestehenden Klasse feind gegenüber, um wichtige Klasseninteressen kämpfenden Parteien gegenüber; dort hat das Vürgerium keine großen Aufgaben mehr zu erfüllen und keine Funktionen zu erfüllen, sondern nur zu erfüllen und seine Funktionen zu erfüllen zu lassen. Da herrscht das Kleinbürgertum vor, das die tönenden demokratischen Phrasen liebt, aber beileide nichts für die Arbeiter getan hat. Da sind die Parteien wirkliche Parteien von erheblichen Geschäftspolitikern, die miteinander um die Stellen und Ämter haben. Und wenn nur die französische sozialdemokratische Partei diesem Vollenpiel von einem scharf ausgeprägten Klassenstandpunkt heraus entgegengetreten wäre! Aber nein; durch den Ministerialismus und die Vlodpolitik hat sie dem Glauben Vorkauf geleistet, sie sei genau eine solche Partei, wie die bürgerlichen Parteien. Politiker, denen das sozialistische Ideal eine schöne Parole war, mit der sie sich emporheben könnten, bis zur Höhe des Ministeramtes, fanden in ihr Unterschlupf.

Die theoretischen Auffassungen der französischen Gewerkschaftler sind also aus den französischen Verhältnissen heraus leicht zu verstehen. Der Syndikalismus ist eine natürliche Reaktion eines ausgeprägten proletarischen Klassenbewusstseins gegen die revisionistische Politik der Partei. Durch die kleinbürgerlichen Zustände Frankreichs daran gebunden, das Wesen der bürgerlichen Politik zu durchschauen und ihr auf ihrem eigenen Gebiete mit einer klaren siebentwunden revolutionären Arbeiterpolitik entgegenzutreten, weih dieser Teil des Proletariats sich gegen die bürgerlichen Skrupulierungsverstöße nur durch eine trostige Fiktion zu schützen. Wir wollen mit den Parteien, mit der Politik, mit dem Parteieinsatz zu schaffen haben, so lange sie mit ihnen die schändlichen Klassenorganisationen des Proletariats aus, die in der Politik ganz bestimmt sind, die bürgerlichen Institutionen zu verstehen. Mit diesem Ausspruch überlassen sie der Bourgeoisie unbefristet die Dohrburg ihrer Macht.

Die antipolitische parteiindische Gewerkschaftsbewegung ist in Frankreich also als Gegenstand der revisionistischen Parteipolitik hervorgekommen. Falls es denjenigen unserer Genossen, die dem französischen Ministerialismus als der wahren praktischen Politik anzuhelfen, gelungen wäre, den Methoden der bürgerlichen Politik auch hier zum Siege zu verhelfen, so wäre hier auch zweifellos die Folge gewesen, daß das revolutionäre Empfinden der Massen sich auf individualistische Seitenwegen verlor. Das ganze Aufsehen der Anarcho-sozialismus in Berlin zur Zeit der früheren Vorwärtsredaktion zeigt dies zur Genüge. Aber in den deutschen Verhältnissen ist weder für eine bürgerliche Politik der Partei, noch für ihren individualistischen Widerstand irgend eine Möglichkeit vorhanden.

Keinwegs tritt so klar, wie in Deutschland, hervor, daß die politische Parteien gesellschaftliche Klassen vertreten, und namentlich, daß die sozialdemokratische Partei die Massenorganisation des Proletariats ist. Während in anderen Ländern der Schein der bürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung ein scharf ausgeprägtes Massenempfinden bei den Arbeitern nicht leicht aufkommen ließ, wurden sie in Deutschland wie eine min-

derwertige Klasse behandelt, minderen Rechts als andere Bürger. Dadurch haben die herrschenden Klassen hier das Proletariat auf einer feindsüchtigen Klassenpartei zusammengetrieben. Bei dieser klaren Praxis kann eine Theorie, die in den politischen Parteien bloße Koalitionen erregender Politiker sieht, nur Erfolgsergebnisse erzielen.

Diese Theorie war es also nicht, die in den lokalen Gewerkschaften die Sympathie für den Syndikalismus hervorrief; vielmehr war es das revolutionäre sozialproletarische Klassenempfinden, das in den Aufregungen der Syndikalisten hervortrat. Daher war auch kein Wechsel der prinzipiellen Anschauungen der Anlag zum Übertritt in die zentralen Gewerkschaften. Neben der Parteipolitik, die den äußeren Anlaß gab, wirkte vor allem die eigene Erfahrung der Parteigenossen als Ursache der Vereinigung. Sie sahen die Konzentration der ganzen herrschenden Klasse gegenüber dem Proletariat, die wachsende Einheit, Macht und Vortralität der Unternehmerverbände, und sie fühlten daher die Notwendigkeit der eigenen Einheit. Abgesehen von theoretischen Prinzipien, bildeten jedenfalls die lokalen Gewerkschaften eine Sonderbewegung, eine Berufsorganisation. Der gemeinsame Kampf der Bauarbeiter im vorigen Sommer, der die offiziellen Verhandlungen verzögerte, daß deshalb wohl am meisten zur schließlichen Einigung beigetragen.

Neue Prinzipien bringen die Sozialisten nicht in die zentralen Gewerkschaften mit hinein, und brauchen sie auch nicht mit hineinzubringen. Wenn sie nur mitbringen und hochhalten, was ihnen der Syndikalismus sympathisch machte, ein klares revolutionäres Massenempfinden, so wird sich auch in dieser Hinsicht die Einigung nicht für unsere Gewerkschaftsbewegung erzielen.

Tagesschau.

Halle a. S., 3. März 1908.

Der Reichstag

berietete am Montag die erste Lesung der gemerblichen Omnibus-Bill, wie die Engländer und Amerikaner diese Zusammenschweifung zum Teil sehr fremder Materien in einem Entwurfe nennen würden. Die Beratung des Montag brachte ein paar interessante Momente. Herr Rammann von den Freisinnigen, und vom Zentrum die Abg. Schiffer und Ergderger machten sehr beachtenswerte Ausführungen. Herr Rammann sprach in scharfer Formvollendung; es war ein Gelehrte, ihm zuzuhören, und das ganze Haus folgte seinen geschwollenen Ausführungen mit ersticktem Interesse. Und doch will es uns scheinen, als ob das neue Mandatentum seiner neuen Fraktionsgenossen auch auf Herrn Rammann abgesetzt habe, während andererseits dem aufmerksamen Kritiker ein gewisser patriarchalisches Unterton nicht entgeht, der bei dem scheinbar so freisinnigen sozialpolitischen Klänge liegt mißlingt. Herr Rammann schilderte das Elend der Heimindustrie mit obler Herzenswärme; er ließ sich durch das Pfaffengedöhl, wie es nachher der nationalliberale Überling vom Familienlud der Heimarbeiter vortrug, in seinem Urteil nicht betören, um sich schon aufkommen. Sie werden durch die Gelehrte wenigstens etwas geschütt, vor dagegen — werden nur gebunden, damit wir nicht ausschlagen. . .

XX.

Eines Abends sah die Mutter am Tisch und strich die Strümpfe, der Kleintische aber las aus einem Buche über den römischen Sklaven-Austausch vor. Während Kluge jemand fraglich und als der Kleintische ähnete, trat Beschorowitschew aus einem Bunde unter dem Arm ein; seine Hände war in den Westen geschoben und die Beine bis an die Knie mit Dred bestrickt.

„Ich sehe gerade bei Euch Licht. Da wollte ich einmal guten Abend sagen. Komme direkt aus dem Gefängnis!“ legte er in sonderbarem Ton, ergüll Frau Wassilows Hand, schüttelte sie kräftig und sagte hing.

„Wahel läßt grinsen.“

Dann setzte er sich ungeschicklich und ließ seine Hände sinken und armpolnisch durch das Zimmer schweben.

Er gefiel der Mutter nicht; in letztem Leiden, kummerschweren Kopf und in seinen kleinen Augen lag etwas, das sie nicht erschreckte. Aber jetzt freute sie sich über ihn und sagte lebhaft:

„Wie siehst Du denn aus? . . . Komm, Andrej, wir wollen ihn Tee geb. . .“

„Ich mache den Sotomow durch!“ rief der Kleintische schon aus der Küche zurück.

„Nun, was macht Pawel? . . . Hat man noch jemanden frei gelassen oder nur Dich?“

Wahel antwortete:

„Pawel sitzt noch wartet! Ich bin allein frei gelassen!“

Er sah die Mutter an und preßte langsam durch die Zähne:

„Ich habe ihnen gesagt: Jetzt ist's genug, laßt mich frei. . . sonst bringe ich jemand um. . . und mich selbst auch. Da haben sie mich frei gelassen.“

„So — ist!“ Die Mutter trat etwas zurück und blinzelte unwillkürlich, als ihr Blick dem feinen, schmalen, scharfen Augen begegnete.

„Wie geht's Iredja Wain?“ rief der Kleintische aus der Küche. „Wahel er Werie?“

„Ja,“ erwiderte Nikolai. „Ich verstehe das nicht! Was ist er denn? Ein Feind? Man hat ihn in einer Kette gefesselt, da singt er. . . Ich weiß nur eins — nach Hause habe ich keine D. P. . .“

Die Mutter.

[Nachdr. verb.]

Roman von Maxim Gorki. Deutsch von Adolf Sch.

„So, keine Mutter!“ sagte der Aufseher mit einem Seufzer. „Heutzutage werden sie etwas auseinander. . . so daß ein Mann und eine Frau. . .“

Und er gähnte laut.

Wahel fragte sie nach ihrem Befinden, und wie es zu Hause stände. Sie hatte andere Fragen erwartet, jedoch diese in seinen Augen und fand sie nicht. Er war wie immer ruhig, nur kein Gesicht war blass, und die Augen waren scheinbar noch größer geworden.

„Wahel ist grüß!“ sagte sie.

„Gut, das denn keine Familienangelegenheit?“ erwiderte die Mutter.

„Das weiß ich nicht. Ich sage nur: Es ist verboten. Von Vätern und Söhnen und Töchtern dürfen Sie reden. Aber über weiter nichts!“ Wähel der Aufseher bei seiner Weisung; er sprach aber gleichgültig.

„Nun schon,“ sagte Wahel, „sprich von zu Hause, Mutter. Was macht Du denn?“

„Sie verpönte eine Art jugendlichen Trokes in sich und erwiderte:“

„Ich bringe jetzt alles in die Fabrik. . .“

„Dann stotzte sie und ihr Gesicht hellt auf:“

„Rohsuppe, Buchweizengrütze, alles Essen von Maria. . . und andere Kost. . .“

Wahel verstand. Sein Gesicht ätztete vor behaltendem Lachen, er strich das Haar zurück und meinte in freundlichem Ton, wie sie ihm noch nie von ihm gehört.

„Du liebe Mutter. . . das ist schön. Da hast Du eine schöne Arbeit. . .“

„Halt keine Langeweile nicht wahr, halt keine Schnulze!“

„Zeitigen die Schriften wieder ordini sind, durchsuchst man mich auch,“ erklärte sie nicht ohne Stolz.

„Wahel Sie schon wieder davon,“ sagte der Aufseher etwas gekränkt. „Ich sage, das soll nicht sein. Die Leute werden eingesperrt, damit sie nichts erzählen. Man muß doch einsicht, was man nicht darf. Du aber sprichst immer solche Sachen.“

„Wo laß das Mutter!“ sagte Wahel. „Wahel Iwanowitsch ist ein braver Mensch, den soll man nicht erzürnen. Wir sehen gut miteinander. . . Er ist heute zufällig hier, gewöhnlich paßt der Besche des Direktors auf. Wahel Iwanowitsch hat Angst, daß Du etwas zu viel sagst!“

„Der Beschorowitsch ist zu Ende!“ erklärte der Aufseher mit einem Blick auf die Uhr.

„Nun, ich danke Dir, Mutter!“ sagte Wahel. „Dan! Dir, Leuzette. Mach Dir deine Sorge. Ich komme bald frei. . .“

Er umarmte sie kräftig, küßte sie. Sie wurde dadurch beruhigt und glücklich und brach in Tränen aus.

„Nun, trenne Euch!“ sagte der Aufseher und brumnte, während er die Mutter hinausbegleitete:

„Weine nicht. Alle. . . er kommt frei! Alle kommen frei haben!“

„Ich bin nicht mehr.“

„Du darfst nicht gehen!“

„Ich hab's ihm jetzt zugesagt. . . Er hat es gut verstanden!“ Und lachte traurig.

„Ja, er hat es verstanden! Sonst wäre er nicht so lieb gewesen. Das war er niemals!“

„Da haben wir's!“ lachte der Kleintische. „Der eine rufst dich dieses, der andere jenes, eine Mutter aber will immer Gutes.“

Wahel erzählte sie von den anderen Besuchern:

„Was das doch für Menschen sind, Andrej! Wie sie sich an alles gewöhnt haben! Da hat man ihnen ihre Kinder genommen, sie ins Gefängnis genommen, sie aber — berührt das gar nicht, sie können hin, liegen da, warten und unterhalten sich. . . Wenn gebildete Leute es so leicht nehmen. . . wie sollen denn wir gewöhnlichen machen?“

„Das ist ganz klar!“ sagte der Kleintische mit einem spöttischen Lächeln. „Wegen die seinen Zeite sind die Gelehrte immerhin freundlicher als gegen uns. . . sie brauchen sie ja weit mehr als wir. Und wenn schon ein Gelehrte sie einmal vor den Kopf stoßt und sie ein böses Gesicht machen, ist es dennoch nicht so schlimm. Ist ja ihr eigenes Wachstum — damit läßt

Wahlrecht doch eine halb monarchische Resignation zu prägen, und sogar Wahlen wie z. B. gegen Baronskinder zu gebrauchen, die den Antikritikern und Mittelständern Beifall zu locken und leicht von ihnen verdrängt werden können. Aber trotz aller dieser Mängel fanden Herr Raumanns Ausführungen Hürnenhülle über der kindlich abfärbenden, wenn vielleicht auch nicht gerade unehrlichen Schönfärberei des kaiserlichen Kulturkämpfers G e r t l i n g, der bekanntlich in Halle wohnt und als Doktor des evangelischen Bundes als protestantischer Gottesprediger wirkt, den Spargan-fleischen durch amtliche Bahm-untriebe gewählten E n d e r s, der, wie einst kein verstorbenen Preussengroße Baumhals, besöhnigende Worte für das Reichthümliche Reichthümliche ausbrachte, und die billigen freisinnigen Republikantenwörter des bis ins kleinste in wohlfeilen Realismus nachdenklichen H e r z e r als Pl a u e n, einem Anders gegenüber, der im Hitz der dühnendmüßigen freisinnigen Zeitung über die Heimarbeit-Ausstellung schmähte, erstgenannten M a t t h i a s E z b e r g e r als fortgeschrittener und moderner Sozialpolitiker, zumal er, gleich einem jeden Progressionellen S c h i f f e r, einige recht scharfe Worte gegen den Regierung- und Innenminister über die Realisationsfreiheit

Geselle Stadthagen sah in Ausführungen von juristischer Schärfe das Endurteil unserer Fraktion zusammen: Neben kleinen Verbesserungen bringen die Vorlagen politische Verändereien mit sich, die wir nicht anerkennen, und die noch dazu bezüglich schlechte Kopien längst von unserer Partei gestrichelt. Als unermüdblicher Vorkämpfer für die bessere Ausgestaltung des Arbeiterrechts konnte Geselle Stadthagen die geistige Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien von der geschäftlichen Sozialdemokratie an zahlreichen Beispielen aus der Parlamentsgeschichte nachweisen. — Der Entwurf warderte an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Dienstag Etat des Innern.

Im preussischen Abgeordnetentage wurde gestern die Beratung des E t a t s d e s M i n i s t e r i u m s d e s I n n e r n zu Ende geführt, nachdem man sich genügend über die Besetzung der Reichstagskommissionen in Berlin und der Landesparlamente verhalten hatte. Die Gesetze der Landesparlamente und ihre Dienstleistungen sind auf das Zweckmäßigste eingerichtet und reichen nicht, wenn der Staat sich nicht konzentrieren läßt. Dann kam man zur E n t w e r f u n g s b e r a t u n g. Die Konservativen verlangen die Unterstellung aller Vorkämpfer auf das Ministerium des Innern, von dem sie noch mehr Rücksichtslosigkeit gegen die Strafgefängnisse und noch weniger wissenschaftliche und moralische Bedenken erwarten, als beim preussischen Justizministerium voraussetzen sind. Sie wurden aber weit übertrieben, von dem Zentrum, das die heutigen Strafen viel zu mild sind, und dessen Reformprogramm sich zusammenfassen läßt in den Worten: P r a g e n u n d F r e i w i l l i g k e i t. Einer der Zentrumsführer beschränkt sich sogar zu dem unglücklichen Satz: Eine Trennung der Gefängnisse nach förmlichen Gesetzen und nach dem Zweck. Deutschland ein konfessionell getrenntes Reich — das ist Zentrumsideal. Nebenbei jammerten die schwarzen und blauen Reaktionsäre bereit über die hohen Kosten der Rüstungsgeriehung und der Unterbringung der geisteskranken Verbrecher. Die wahren Gründe für das Versagen unserer Strafvollstreckung zeigte, soweit es nicht in den wirtschaftlichen Verhältnissen seinen tiefsten Grund hat, der freisinnige A b g. K o s e n o w, was ganz treffend auf, als er auf die mangelhafte Vorbildung der Gefängnisvorsteher, meistens Hauptleutnant und Majors a. D., und auf die schlechte Verpflegung und nur nebenamtliche Anstellung der Gefängniswärter hinwies. Geheimrat K r o n e, der bezügelte seine Rede mit dem Hinweis an, daß man nicht mehr markt, wie er selbst über die Hartnäckigkeit des preussischen Finanzministeriums gegenüber allen Kulturforderungen ist.

Am Montag sah die Beratung der vom Herrenhaus zurückgekommenen, fastlich nur wenig veränderten Votenentwurfes und der Etat der Seehandlung auf der Tagesordnung.

Der nationalliberale Zentralvorstand gegen das Reichstagswahlrecht.
Die Nationalzeitung vom 2. März veröffentlicht folgende parteiöffentliche Mitteilung:

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei beschäftigt sich in seiner gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der preussischen Wahlreform. Abg. Schiffer erstattet zunächst Bericht über die Tätigkeit der Kommission, die in der Sitzung im Januar für die Wahlrechtsfrage gebildet worden war. Diese Kommission sollte bekanntlich Vorschläge ausarbeiten, die dem preussischen Delegiertenlager zu unterbreiten wären. Einen Antrag, diese Vorschläge einer neuen Zwischenkommission zu übermitteln — gebildet aus einem Ausschusse des Zentralvorstandes und aus der preussischen Landesparlamentation — wurde abgelehnt. Angenommen — und zwar mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit — wurde dagegen folgende Resolution:

Die Reform des preussischen Landtagswahlrechts ist unausführbar. Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abzusehen. Die Reform ist auf der Grundlage der von der preussischen Landesparlamentation gestellten Anträge darauf zu richten, daß

- 1. zum Ausgleich für die eingetretene erheblichen Veränderungen eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke und der Zahl der in ihnen zu wählenden Abgeordneten hergestellt wird,
 - 2. daß auf die soziale und wirtschaftliche Schichtung des Volkes in ihrer Bedeutung für die Gesamtwohlthat Rücksicht genommen wird,
 - 3. daß in dieser Reform die geheime und direkte Stimmabgabe aufgenommen wird.
- Der Zentralvorstand beauftragt, die vorstehende Resolution dem preussischen Vertreterlager als Grundlage für eine Beratung der Wahlrechtsfrage zu unterbreiten. Bemerkenswert ist, daß sich an der Abstimmung nur die preussischen Mitglieder des Zentralverbandes beteiligten.
- Der Beschluß des Zentralverbandes der nationalliberalen Partei desaboviert jene Parteimitglieder, die das Pluralwahlrecht nur als die zunächst „erreichbare“ Reform des preussischen Landtagswahlrechts, das gleiche Recht aber als ein theoretisch angenehmeres „liberales Endziel“ hinzustellen versuchen. Er erklärt in treuender Weise:

Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abzusehen, und stimmt darin ganz überein mit der berechtigten Regierungserklärung vom 10. Januar, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entprechen würde und deshalb abzulehnen ist. Daß sich der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen entscheiden würde, hat wohl kein Mensch erwartet. Trotzdem wird die selbstbewusste Schärfe, mit der sich das nationalliberale Partei-

kollegium gegen die nationale Forderung der freisinnigen Reichstagswahlrecht, abgesehen über sich selbst. Seine Beschlüsse wären vielleicht etwas weniger herausfordernd und etwas diplomatischer ausgefallen, wenn die libidinalen Verbandsmitglieder nicht ausgehakt worden wären und die Entscheidung nicht dem preussischen Rumpf überlassen worden wäre, über den der Zentralverband deutscher Industrieller, vertreten durch Herrn Leibig, das Kommando führt.

Der preussische Nationalliberalismus ist die Massenvertretung des industriellen Großkapitals. Als solche schreit er von dem Gebante zurück, den Arbeitern auf die Befehlsgebung des preussischen Staats jenen Einfluß einzuräumen, den sie sich in allen Kulturländern der Welt erkungen haben. In dem er sich der Erklärung Willens im Punkte des Reichstagswahlrechts anschließt, zeigt er deutlich, daß er trotz aller Schwächen einen gefährlicher Feind des Volkstums als im Reich ist. Nicht auf Erklärungen sondern auf Taten kommt es an. Der Beschluß des nationalliberalen Zentralverbandes ist eine Tat, welche die Reichstagsfrage im Reich erschüttert und alle Treueren gegen das Reichstagswahlrecht ermutigt, die sich noch nicht an die Oberfläche herauswagen.

Die nationalliberale Partei füllt sich in ihrem volkstümlichen Verhalten gebet durch die laue Haltung, die die anderen bürgerlichen Parteien in der Wahlrechtsfrage bisher eingenommen haben. Sie braucht nicht zu befürchten, daß ihre Stellung in der Wahlrechtsfrage eines zum Gegenstand eines förmlichen Angriffs oder auf dem Boden des Reichstagswahlrechts stehenden Parteien gemacht werden könnte. Wenn im Gegenteil die Reichstagswahlrecht in dem Reich, bei den vorbestehenden Verhältnissen, friedliche Kaufgeschäfte mit der Partei zu machen, die der angestrebten Grund- und Hauptforderung des Freisinnigen unbeeinträchtigt „Niemand“ entgegenwärt. Das trifft u. a. für unierten Fälle ein Freisinnig zu.

Wir werden also, wenn sich die Dinge mit der gleichen Gemächlichkeit wie bisher weiterentwickeln sollten, im nächsten preussischen Landtag ein schärfliches Schauspiel erleben. Es wird entweder der reine Wahlreform gehen oder höchstens eine Mißgeburt, der unter Gelehrte, Gelehrte und Dins- und Dergegerter der letzte Rest ihrer Lebensfähigkeit ausgetrieben wird. Ist auch durch den nationalliberalen Vorstandbeschlusse, folgende die Landtagsparlamentation, eine Mehrheit für die geheime Abstimmung wahrscheinlich, so wird doch wieder die Regierung und das Herrenhaus gegen die geheime Abstimmung sein. In der Frage des Pluralwahlrechts wird es sich gar darum handeln, eine Sitzung zu finden, die zum mindesten auch den Freisinnigen annehmbar ist, während auf der andern Seite auch der Freisinn zur Mehrheitbildung mit herangezogen werden müßte. Und schließlich müßte die Zukunft politische Stimmerei sein, solange es ihnen nicht, die Verwirrung so zu zeigen, daß entweder alles beim alten bleibt oder doch schließlich die Reform derart ausfällt, daß sie keine Ursache haben sich zu belagen.

Nur der Druck einer starken, unermüdblichen, fähig an immer Kraft und äußerer Ausdehnung sich steigenden Volksbewegung kann verhindern, daß der Wagen der Wahlreform von Claqueurs, Gruppierern und parlamentarischen Geschäftsmachern hin- und hergehoben, schließlich in den Sumpf eines faulen Stillstands-Kompromisses gerät. Darum gilt es auch, den Kampf aufzuführen gegen die Partei, die sich die nationalliberale nennt, weil sie in allen nationalen Fragen der Ehre und dem Selbstbewußtsein der Nation kein Gewicht schätzt und alle freisinnlichen Forderungen bekämpft.

Der Straßburger Paragraph (§ 7) ist gestern in der Reichstagsvereinskommission des Reichstages abgelehnt. Die einzelnen Straßburger wurden in der Mehrzahl gleichfalls abgelehnt. Die freisinnigen stimmen bei dieser Gelegenheit gegen die Wahlreform. Nun soll man aber nicht meinen, daß dieser Kaufver-Paragraphen einseitig in den Ortus gewandert ist. Es war ja die erste Lesung des Entwurfes, bis zur zweiten Lesung wird im Freisinnslager schon tüchtig gemillert und gewimmert werden. Offiziell wird schon jetzt gemeldet, daß man bis zur zweiten Lesung, die am 11. März stattfinden soll, zu einer „Berichtigung“ kommen werde. In der Zwischenzeit wird der Kaufhandel hinter den Wodklüssen eifrig betrieben werden.

Die württembergischen Liberalen gegen Bölow. Der liberale Landesverband für Württemberg nahm in seiner am Sonntag stattgefundenen Vertreterversammlung einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt: Der liberale Landesverband Württembergs betrachtet die Wahlrechtsklärung Bölow vom 10. Januar als eine bewußte Verletzung des deutschen Liberalismus und als einen Verzicht auf dessen Vertrauen und Mitarbeit. Deshalb ist das schärfste Mißtrauen gegen Bölow's Politik auch im Reich geboten, und es muß von den für Fortschritt und Freiheit in den Reichstag entsandenen Abgeordneten erwartet werden, daß sie von den Forderungen des Liberalismus nicht preisgeben.

Folgen des Polen-Enteignungsgesetzes. Aus Russisch-Polen wird gemeldet: Nachdem deutsche Beamte in Russisch-Polen nach der Annahme der Enteignungsvorlage zum Arbeiter und politische Komitees eine Auforderung zur Landesevakuierung bei Todesandrohung erhielten, fand in Katowitz am Sonntag eine Versammlung der Betroffenen statt. Es wurde beschlossen, sich an den Reichsanwalt und den Warschauer Generalkonsul um Schutzmaßnahmen zu wenden.

Ein Oester der Kolonien. In Deutsch-Ostafrika hat der kolonialistische Sekretär Kern an Schwarzafrikaner.

Ausland.

Frankreich. Ausgewiesen wurde mit seiner Geliebten Gertrud Brieger der Oesterreicher Krumholz, der vor einiger Zeit in Paris unter dem Verdachte, die Geheimnisse des französischen kaiserlichen Militär-Luftschiffes ausponiert zu haben, verhaftet wurde.

Dänemark. Der Wahlrechtsvergleich der konservativ-liberalen Volks-Wahlrecht für die Frauen, sowie für die bisher ebenso wahlrechtlosen Dienstleute, Aufhebung des Zweifelsmaßesrechts in den Provinzhäusern und Landgemeinden, und in Kopenhagen, wo das Wahlrecht bisher schon gleich ist, Erhebung des Steuerzensus von 1000 auf 800 Kronen Jahreserwerb, dies sind die Vorschläge, die die Reform des Gemeindefortschritts bietet, welche das Landstamm mit 22 gegen 20 Stimmen beschlossen hat und die sicher auch die Zustimmung des Folketings finden wird. — Die vier Sozialdemokraten und der eine Radikale des Landstammes sowie 28 Konservative und ein Wilsdörferer stimmen gegen die Reform. Die Konservativen wollten das gleiche Wahlrecht überhaupt nicht haben und wenn sie gleichwohl dadurch, daß einer aus ihren Reihen für den Entwurf stimmte, zwei sich der Stimme enthalten und der Führer ihrer Fraktion der Sitzung fernblieb, die Annahme möglich machen, so geschah es deswegen, weil sie mit Recht befürchten mußten, daß sonst

innen weniger Jahre eine viel radikalere Umgestaltung des Gemeindefortschritts zustande kommen würde. Diefelbe Ver-fürchtung legte die Freisinnigen, die, nachdem ihre Ver-sicherungsanträge angenommen worden waren, mit den Liberalen und Gemäßigten für die Reform stimmten. Aber eben dieser Verfürchtungen wegen wollten unsere Genossen lieber vorläufig auf die ganze Reform verzichten, um später eine bessere, den demokratischen Grundgedanken weitlich entsprechende zu erzielen.

In der Landstammesdebatte machte sich der Minister des Innern Berg sehr deutlich mit dem Vorwurf, die Sozialdemokraten wollten nun mit der Reform gegen das allgemeine Wahlrecht kämpfen. Zufällig lag die Sache so, daß unsere Genossen bereit waren, für den Wahlrechtsentwurf eben dieses Ministerium zu stimmen, aber so wie er im Folketing angenommen war und ohne die Verfürchtungen, die von den Freisinnigen hineingebracht worden waren und die in der Hauptfrage folgende sind:

Ein Tribeslegiertenwahlrecht der Gutbesitzer und Großbauern zu den Ämtern, die über den Landgemeindefortschritt (Stichtspunkten) stehen, in der Form, daß jene beiden Teile ein Drittel der Ämtermitglieder direkt wählen, während zwei Drittel nach dem Proportionalmaßsystem von den Kirchspielgemeinden gewählt werden. Eine Aufhebung des Wahlrechts gegenüber den Kirchspielräten und des Ministers gegenüber den Stadträten; ferner eine Einschränkung des Steuerfortschrittsrechtes der Gemeindefortschritt; und außerdem eine starke, gerade auf die Arbeiterbevölkerung berechnete Einschränkung des Wahlrechts selbst, das bisher von einem nur einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig ist, wogegen man nach dem neuen Gesetz mindestens zwei Jahre in der Gemeinde ansässig sein und seine Steuern bezahlt haben muß, um dort wahlberechtigt zu sein.

Für die Kommunalwahlen selbst gilt das Proportionalmaßsystem und ebenso hat man ganz besonders auch, um den wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie in der Verwaltung stopzulegen, zu bemerken, die Bestimmung getroffen, daß auch der Wahlrecht, der von den Stabsarbeitern gewählt wird, entsprechend der Größe der Parteien besetzt werden muß. Treffend erwiderte C. G. Andersen auf die Anspitzung des Ministers, daß das, wogegen er und seine Fraktion stimmten, nicht das allgemeine gleiche Wahlrecht sei, sondern das Tribeslegiertenwahlrecht und all die anderen reaktionären Bestimmungen. Unser Genosse kündigte dem Minister und seinen reaktionären Freunden erneuten Kampf der Sozialdemokratie für das allgemeine Wahlrecht an, ein Kampf, der endlich doch zum Siege führen werde.

Wichtig ist durch diesen reaktionären Wahlrechtsvergleich eine Art konservativ-liberaler Block zustande gekommen, der sichtlich in der dänischen Politik noch zu weiteren „friedlichen Vergleichen“ führen wird. In der Landstammesdebatte wurde schon von Konservativen hervorgehoben, daß man nach dem Wahlrechtsvergleich von den Liberalen und ihrer Regierung auch in der Landesverteilungsfrage Entgegenkommen erwarten konnte. D. h. also mehr Militarismus. Ebenso kann man sich nicht wundern, daß die Sozialisten auf anderen Gebieten die Gefährdung des Erfolgs im Sinne der Reaktion bringen wird. — Wirklich, daß die Wirkung auf die Arbeiter kann natürlich nicht ausbleiben und sie wird und muß der Sozialdemokratie sague kommen.

Deutscher Reichstag.

118. Sitzung, Montag, den 2. März, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstag: v. Bethmann-Hollweg.
Präsident Graf Stolberg gratuliert im Namen des Hauses dem Abg. v. Winterfeld-Weilau zu seinem 85. Geburtstag. (Allgemeine Zustimmung.)
Hierauf wird in der ersten Lesung der

Gewerbeordnungs-Novelle

fortgelesen.
Abg. Ender's (Freil. Volksp.) Die Sozialdemokratie will an der Heimarbeit eine Kur a la Dr. Eisenbart treiben. (Wahr! beim Volk. — Wachen bei den Soz.) Die Sozialdemokratie hat die Hausarbeit, weil sie in den Fabriken besser agitiert kann. (Wahr! bei Antif., Freil. und sonstigen Hochangehörigen.) Die Heimarbeit-Ausstellung, war einstimmig, tendenzlos, ja sogar enthielt und unwohl. (Wach. Zustimmung bei der Freil. Volksp.) Die Heimarbeit ist ein sehr elende Wohnungsverhältnis, übermäßige Arbeitzeit und Ainderarbeit; aber doch ist diese Industrie notwendig und sozial notwendig. (Wach. Wachen bei den Soz.) In die Mithalde der Hausarbeit legt die bestende Hand an und so wird sie einen Markten bilden in der deutschen Sozialpolitik. (Wahr! bei den Freil. — Wachen b. d. Soz.)

Abg. Dr. Buchardt (Wid. Volksp.) Wirft den Sozialdemokratischen Rednern unzulässige Verleumdungen vor. Abg. K a u m a n n (Freil. Volksp.): Es ist nicht zu leugnen, daß die Umwandlung der Hausindustrie auf Lohnarbeit gerichtet ist. Die Umwandlung der Hausindustrie muß von der Beurteilung der in ihr hergestellten Waren ausgehen und daher hat man mit den Ausstellungen den richtigen Weg eingeschlagen. — Die Umwandlung der Hausindustrie auf Lohnarbeit ist ein sehr elendes Wohnungsverhältnis, übermäßige Arbeitzeit und Ainderarbeit; aber doch ist diese Industrie notwendig und sozial notwendig. (Wach. Wachen bei den Soz.) In die Mithalde der Hausarbeit legt die bestende Hand an und so wird sie einen Markten bilden in der deutschen Sozialpolitik. (Wahr! bei den Freil. — Wachen b. d. Soz.)

Abg. Dr. Buchardt (Wid. Volksp.) Wirft den Sozialdemokratischen Rednern unzulässige Verleumdungen vor. Abg. K a u m a n n (Freil. Volksp.): Es ist nicht zu leugnen, daß die Umwandlung der Hausindustrie auf Lohnarbeit gerichtet ist. Die Umwandlung der Hausindustrie muß von der Beurteilung der in ihr hergestellten Waren ausgehen und daher hat man mit den Ausstellungen den richtigen Weg eingeschlagen. — Die Umwandlung der Hausindustrie auf Lohnarbeit ist ein sehr elendes Wohnungsverhältnis, übermäßige Arbeitzeit und Ainderarbeit; aber doch ist diese Industrie notwendig und sozial notwendig. (Wach. Wachen bei den Soz.) In die Mithalde der Hausarbeit legt die bestende Hand an und so wird sie einen Markten bilden in der deutschen Sozialpolitik. (Wahr! bei den Freil. — Wachen b. d. Soz.)

Die Einführung der Heimarbeit ist eine absolute Notwendigkeit; aber eine Lohnindustrie bedeutet sie ganz Anderes. Das Wichtigste im Entwurf scheint mir das öffentliche Recht hier zu sein, das wenigstens ein Mittel an die Hand gibt, die veränderte Heimarbeit zu betreiben. Wir wollen den Hausindustriellen helfen, denn ganzes Leben ist an dem kleinen Fleckel von Arbeit. Es kommt darauf an, die

Vor sechzig Jahren.

Wachsende Aufregung in Hesse.

Rheinheffen, 3. März. Ganz Hesse ist in Bewegung. Überall sind Adressen an die Ständekammer im Gange, die wie in Baden durch große Züge der Bewohner, selbst nach Darmstadt gebracht werden. Am gestrigen Tage haben die Pfälzer, etwa 500 Personen stark, den Anfang gemacht. Morgen erhebt Worms an demselben Tage wahrscheinlich auch die Antone Vorfeld, Friedersheim und Dilsdorf. Wo diese Züge auf ihrer Durchreise ankommen, werden sie mit Enthusiasmus aufgenommen. Die Adressen artikulieren in Tausenden von Exemplaren im ganzen Lande. Der Abgeordnete Reih heute den Antrag auf Befreiung des seitlichen Systems. Unsere Truppen sind sämtlich einberufen, eine Bürgerbewaffnung, wie in Baden, steht bevor. Der Graf des Bundesrats hat nicht befragt. — Nachschrift: Soeben verbreitet sich das Gerücht von der Entlassung unseres Ministers. (Köln. Ztg.)

Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr.

Vorleser: Stedner.

Eingänge: Eine Anzahl des Hausbesitzer Komitees, der sein in der Lebensversicherung befindliches Haus zum Kauf angeboten wurde auf 14 Tage zurückgelegt. Der Direktor und die Leiter der städtischen Oberrealschule petitionieren um Rückgängigmachung der zum 1. April geplanten Entlassung des Schuldieners, der seit mehr als 20 Jahren seine Schuldigkeit getan habe. Bekanntlich ist durch ein Versehen des Schuldieners in der Oberrealschule ein Pfeffel im Werte von 700 Mk. verbrannt worden. Stadtd. Bangert tritt für die Rückgängigmachung der Entlassung ein. Der Schuldieners sei 63 Jahre alt und habe sich bis zu dem Versehen stets als pflichttreuer Mensch gezeigt. Man habe dem alten Herrn 100 Mk. vom Gehalt abziehen wollen und darauf sei er in seiner Betätigung nicht eingegangen, weshalb die Kündigung erfolge. Wird der Mann kein Amt los, dann wird er nur der Armenverwaltung zur Last fallen. Deshalb möge der Magistrat die Maßregel rückgängig machen. Bürgermeister v. Solly wünscht nicht, das man über die Sache viel rede. Was habe der Magistrat tun sollen, nachdem der Schuldieners die Stadt so erheblich geschädigt habe und sich auf nichts einließ? Die Petition geht an den Petitionsausschuss. Gleichfalls an den Petitionsausschuss geht die Petition der Hausbesitzer und Arbeiter des Schulviertels wegen Wohnveränderung. — An den Theaterausschuss geht die Petition der Mitglieder des Theaterorchesters. Von einer Einladung zu einem Sommermusikabend wird Kenntnis genommen. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetragen.

Die Beratung der Ordnung über Erhebung einer Schanzenkonfessionssteuer nach Entscheid. bester Regelung der Bedürfnisfrage rief eine erhebliche Debatte hervor. Der Referent v. Blume führte aus, Beschränkungen der Schanzenkonfession seien nach der Gewerbeordnung zulässig. Bereits 19 Städte hätten von der Befreiung Gebrauch gemacht und es werde auf dem Gebiete weiter gearbeitet. Die Einführung der Bedürfnisfrage diene auch ein Mittel zur Abmilderung der Einkommensteuer nach Einführung der Bedürfnisfrage könne noch nicht angenommen werden. In Hannover habe man die Bedürfnisfrage beibehalten, man habe sie aber nach einem Jahre wieder wieder eingeführt. Durch das unbegrenzte Schalten und Walten der Agenten in den Kreisen hat schon mander Wert sein Hab und Gut eingebüßt. Mehrere Häuser in der Galtwirtschasse haben und lagte im Katastralsache habe man die Bedürfnisfrage mit 12 gegen 3 Stimmen bejaht. Die Vorlage sei nur zu empfehlen.

Stadtd. Reife spricht gegen die Vorlage. Glaube man doch nicht, mit der Schanzenkonfessionssteuer das Defizit im Stadtsäckel decken zu können und bilde man sich nicht ein, daß die Steuermarktscheine den Galtwirtschen eine Konfession zu bekommen. Und wer sich einmal an den Finger schlägt, wird die Konfession los. Wer eine Galtwirtschasse aufmachen will, wird jetzt schon auf drei und vieren geprüft. Und wer künftig seinen alten Freund und Bekan. hat erhalt keine Konfession. Das wird gelagt, in Halle gebe es rund 900 Galtwirtschassen. Das wird gelagt, daß habe man den Beschäftigten nur 650 Refraktanten und 35 Galtwirtschassen. Rechnet man dann noch rund 100 Lokale hinzu, in denen Schnaps vertrieben wird, fehlen immer noch 200 an der angegebenen Zahl. Die Statistik des Magistrats ist unzuverlässig. Die Galtwirtschasse sind durch die Subskriptionssteuer usw. schwer genug belastet. Auch eine Viertelmillion würde aus den Galtwirtschen herausgeschafft. Die

Galtwirtschasse sind schon bis zu 90 Prozent von der Brauereibeitern abhängig, will man sie noch abhängiger machen? Wie können letztere für Stadtsäckel für einen so hohen Steuer nehmen und wie können Stadtsäckel, die den Mittelstand retten wollen, für solche Steuer mittragen? Oder rechnet man den Galtwirtsch mit zum Proletariatstand? Wollte man dem Galtwirtsch helfen — mit fällt es nicht ein, nach der Polizei zu rufen — so könnte man sei nach Angedenken auf die großen Galtwirtschen richten, die ihr Bier durch den Verkauf absetzen und den Wirten dadurch mehr Konturen machen als jede neue Galtwirtschasse. Die geplante Steuer verliert gegen die Gewerbeordnung. Rührt man die Steuer ein, dann werden wir sie nicht wieder los. Lehne man die Erhebungsfrage ab; alle freischütten gegünstigten Männer müssen dagegen stimmen.

Bürgermeister v. Solly teilt auseinander, daß man das geschätzte Defizit von 450 000 Mark eigentlich nicht als Defizit bezeichnen könne. Das „Defizit“ sei nur eine weniger einnahme. Man habe in Halle kein ruhiges Ansehenleben, und das Eigentum komme in Halle in einen stillen Auf. Der Defizit der Wirtschaften liefere sich auf, jedoch bis gegen Ende Woche. Ein verlässliches Polizeielement ist durch die Bedürfnisfrage nicht zu befürchten. Die Polizei habe in solchen Dingen nur beratende Stimme. (Das genügt gerade.) Wenn Herr Emmer meint, es bekomme jemand nur durch Freundschaft mit dem Magistrat die Konfession, so müßte ich mich ja eigentlich freundschaftlich fühlen, denn Herr Emmer hat nur mit dem Rat und den Ministern noch weiterer vier Herren die große Konfession erhalten.

Stadtd. Glimm spricht für die Vorlage. Es gibt sehr freischütten gefürchte Städte und Länder, die solche Schanzenkonfessionen eingeführt haben. Denke man nur an England, wo die Bürgerfreiheit die Bedürfnisfrage zu erleichtern hat. Im Katastralsachen sind die Vorlagen nicht sachgemäß behandelt worden. — Der Vorleser befragt die Stadtd. v. Solly, ob er sei nach wie vor gegen die Bedürfnisfrage und gegen die Steuer. Es sei wichtig, daß Halle durch die vielen Kreisläufe in der Steuer nicht verloren komme. Der Herr die Bedürfnisse mitbestimmen befragt, wie in anderen Städten, z. B. Berlin. In unsere Friedrichstraße ist viel ruhiger als die Berliner. Alle liberalen Stadtverordneten mögen die Vorlage ablehnen. Der Referent Oberbürgermeister Kirschner schiebt einmal: Wir führen die Bedürfnisfrage nicht ein, weil sie einer Skimmone unzulässig ist.

Stadtd. Emmer: Ich habe meine Konfession nicht durch die Freundschaft des Herrn v. Solly, sondern auf dem Klagewege erlangt. In meinem Lokale war es sieben Jahre einwandfrei hergegangen, und infolgedessen konnte man mir die große Konfession nicht verlagern. Wenn man eine Fällung des Stadtsäckels erhebt, dann kann man die Galtwirtschäfte nicht bestrafen. Die Kreisläufe, die man als sogenannte Erhebungsmitte bezeichnet, stehen bei dem Niedergange der wirtschaftlichen Konjunktur so wie so leer.

Nach dem Schlusswort des Referenten v. Blume wurde zur Abstimmung geschritten, die auf Antrag des Stadtd. Herzfeld eine namentliche ist. Das Resultat war, daß die Vorlage mit 31 gegen 28 Stimmen angenommen wurde.

Mit Ja stimmten:

Urenholz, Banart, Brand, Brand, v. Blume, Dehne, Diegel, Engelde, Fröhling, Glimm, Gortina, Helmeke, Kraus, Knabe, Kolberg, Kühne, Einzelstein, Meiß, Meier, Probst, Rammelt, Reichardt, Reuß, Schmidt, Wimpfer, Siemens, Stedner, Stephan, Springer, Wolff, Zell.

Mit Nein stimmten:

Kaestler, Kämmer, Rege, Baumgarten, Braß, Daniel, Döhler, Emmer, Fricker, Gerig, Giese, Greßler, Gnos, Gnos, Gerold, Gerold, Robert, Gindler, Werthaus, Wesse, Osterburg, Pfauisch, Reising, Riediger, Söndler, Stammer.

Nach der Abstimmung zweifelt Stadtd. Emmer den Bescheid insofern an, als das nur zur Beratung gelangende Urteil nicht sämtlichen Stadtsäckelmitgliedern vorgelegt worden ist. Er beantragt deshalb Vertagung der Angelegenheit. — Hiergegen wird eingewendet, daß die Vorlage allen Stadtverordneten, auch den neuen, zugehört worden ist. — Der Erste Bürgermeister wendet sich in sehr ausführlicher Weise gegen den Antrag Emmer, der aus dem Hinterhalte heraus die Vorlage zu Halle bringen wolle. Ein solches Verfahren ist nicht bloß einer Ehrlosigkeit sondern einer jeden Stadt unwürdig. Stadtd. Emmer entgegnet, wenn er auf die Worte des Ersten Bürgermeisters treffend antworten wollte, dann könnte er das ohne Ordnungswort nicht tun; jedenfalls lasse er sich aber sein Recht als Stadtverordneter auch durch den Ersten Bürgermeister nicht nehmen. — Der Ordnung wird schließlich zugestimmt.

Die folgenden Punkte werden ohne Diskussion erledigt. Beiträge zu Bauten an öffentlichen Gebäuden werden bewilligt. — Eine Mülllinie für die alte Leipziger Gasse wird festgelegt. — Ein Bebauungsplan am Südriehof wird geändert. — Mittel zur Instandsetzung eines Lampenstells auf dem Schladthof werden bewilligt. — Nachbewilligt werden Mittel für Bureauaufwand und für Theaterarbeiten. — Ein Laden wird weiter vermietet. — Land von Grundstücken der Laßstraße wird erworben. — Jein Rechnungen werden entlastet. — Die Petitionen betreffend Rücklichterfestlegung (Gde der Erbs- und Brunnenstraße) und der Ergründung einer Bedürfnisanstalt werden durch Lebergang zur Tagesordnung erledigt.

Für die Petition betreffend das Betreten des Schlachthofes durch die Kinder der dort Beschäftigten Schladthof, die man auch durch Lebergang zur Tagesordnung erledigt, trat Stadtd. Gerig ein. Man möge die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen. Wenn die Schladthof im Beschlusse offen, dann müssen die Kinder auch das Essen dahin bringen können. Im Portierhause sei kein Unterkunftslokal für die Essen bringenden Angehörigen. Vielleicht könne man die Verboten durch das Zer von der Freimittelstraße aus einführen. — Ein Redner sagt, das geht nicht, da im Schlachthof eine sehr strenge Kontrolle herrschen müsse. Der Erste Bürgermeister bemerkt, sogar er würde annehmen, wenn man anhalten würde, wie er den Schlachthof besuchen wollte. — Auch Stadtd. Osterburg trat für Berücksichtigung der Petition ein. Die

darin zum Ausdruck gebrachten Wünsche wären doch ganz selbstverständlich. Es ist freilich, daß man solche Wünsche für die Elternzeit zu sorgen, erst nach vorgetragen müßte. Das Verhalten des Petitionsausschusses ist bureaukratisch. — Stadtd. Greßler entgegnet, es werde schon für Unterkunft gesorgt werden. Der Antrag Gerig, die Petition zu berücksichtigen, wurde abgelehnt.

Für die Petition betreffend Ausführung städtischer Bildhauer- und Kunstlerarbeiten trat Stadtd. Emmer ein. Das Kollegium will sie aber nur teilweise berücksichtigen.

In der geschlossenen Sitzung wurde der Anstellung des Polizeikommissars Alfred Nettow zugestimmt und die Herren Zimmermeister Richter und Schulze als Bürgermitglieder zur Deputation gewählt.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 3. März.

Aus unserem Stadtparlament.

Der große Haufe ist gelungen. Die Mehrheit der Stadtparlamentarier hat die verurteilte Bille geschickt, hohen wir, daß kein Erwachen folgt. Der liberale Herr v. Blume hatte das Referat über die Schanzenkonfessionssteuer und die Bedürfnisfrage übernommen. Aber es war recht leicht, oberflächlich gehalten, ging nicht auf die tiefe, einschneidende Bedeutung der Vorlage ein und war schließlich nur dazu langtan, das Verordende, Beirathende herauszuheben. Lieberhaupt scheint, nach dem Referat zu urteilen, diese Angelegenheit nicht mit besonderer Gründlichkeit behandelt worden zu sein. Das Hefteste an dem ganzen Referat war entschieden, daß Herr von Blume die Galtwirtschasse als Idealgestalt hinstellte. Das behändige Schmähen der zahlreich auf der Tribüne anwesenden Kreisläufer beweist, daß ihm dadurch von vielen Absolution für seine übrigen Sünden erteilt wurde.

Wenn aber England und Amerika angezogen wurde, so kommt das für uns gar nicht in Frage. Man ist hoch sonst nicht so, wenn es gilt, Verbesserungen für Arbeiter aus anderen Ländern zu übernehmen. Die bedeutend höheren Entlohnungen und amerikanischen Löhne will man in Deutschland nicht einführen, weil die Verhältnisse nicht dazu da wären. Das hat man ja gesehen beim Gasarbeiter. Da hat Herr Glimm die englische und amerikanische Bezahlung nicht angezogen und ist für deren Einführung eingetreten. Es betraf ja nur Arbeiter. Und wenn man glaubt, dadurch kein Stoff zu steuern, da irt man gewaltig. Nirgend wird wohl h a f t i g e r und — geheimer getrunken als in England und Amerika. Deswegen predigen sie Wasser, heimlich trinken sie Whisky.

Ein Säbeln abtötend war auch die juristische Debatte des Herrn v. Solly. Ein Defizit haben wir nicht, nur eine Weniger einnahme, die in keinem Verhältnis steht zur Ausgabe. Es entliehe deshalb in der Halle eine gährende Meer. Wenn aber die Ausgaben sich nicht mit den Einnahmen decken, so heißt das nach a u f m a n n i c h e n Einbringen Defizit, nach Herrn v. Solly nur Weniger einnahme. Ob das etwas anderes ist, das zu beurteilen überlassen wir unseren Lesern.

Was nützte der Kampf der Herren Reife, Giese und Emmer gegen die Schanzenkonfessionssteuer? Alle ja schließlichen Gründe nützte nichts. Die Profitlust will ihr Opfer haben und sie hat es bekommen, selbst auf die Gefahr hin, daß — andere Sparte lassen müssen. Nun wird Herr v. Solly ja vielleicht bald das vernünftige ruhige Ansehenleben kennen lernen, vorausgesetzt, daß man die Studenten und andere Kaufleute von abens 6 bis früh 8 Uhr interniert. Die in Halle lebenden Kreisläufer, denen weder die Bedürfnisfrage noch die Konfessionsabgabe etwas anhaben kann, schimpfen und bezeichnen den Nebach, den sie daraus ziehen werden. Wir werden sehen, ob die Herren, die für diese mit Recht Erhebungssteuer genannte Vorlage eintreten, auch für die Wertungsaufgabe zu haben sein werden.

Die übrigen Tagesordnungspunkte waren schnell erledigt, so gar die Petition der Schladthof des Schlachthofes. Sie werden mit dem W a h l m o l l e n der vorgelegten Vorlage vertrieben. Na, wenn dabei etwas Erprobliches herauskommt, wird wohl dieses Jahrhundert zu Ende sein.

Herr im Hause

will, wie es scheint, der Magistrat auch fürder sein. Nach Meinung des Gasarbeiters, der am Herrenstandpunkt des Magistrats und an der von der Galtwirtsch und dem anderen Freigedächter gelobten Haltung der Streikbrecher scheiterte, ist es noch keinem der ausgesparten Gasarbeiter gelungen, in den Gasanstalten wieder Arbeit zu bekommen. Trotzdem die Meister selbstzugeben, das es eine Last ist, mit dem jetzt zusammengewürfelten Menschennaterial zu arbeiten und sie gern wieder zu ihnen alten, eingearbeiteten und bewährten (sawohl, Galtwirtsch, bewährten) Arbeitern greifen würden. Ist es ihnen nach eigener Aussage von oben verboten worden. Streikende werden einquellten. Selbst die Betriebsführer, die ebenso unzufrieden wie die Meister sind, ist es unmöglich, alle Arbeiter anzuwenden, auch ihnen ist das verboten, wie bei Betriebsführer haben einen der nachtragenden Arbeiter selbst gefügt hat.

Wer ist nun das „Oben“? Das zu erfahren, würde sehr interessant sein. Aber die in unserer „liberalen“ Stadt jetzt beliebte Ausbungerungspolitik scheint sich damit nicht zufrieden zu geben. In verschiedenen Maschinenfabriken wurden die Arbeiter, nachdem man sich vergewissert hatte, daß man ausgesparte Gasarbeiter vor sich hatte, ohne Angabe von Gründen abgewiesen. In der Fabrik von Dehne jedoch erklärte der Portier, ehemalige Gasarbeiter einquellten sei von „oben“ ver-

Kauft   **MAGGI** Bouillon-Würfel zu **5** Pfg.  

